

Rollenprofil (Szenario 3)

Österreich



Hauptstadt	Wien
Sprache	Deutsch
Einwohner	8,5 Millionen
BIP pro Kopf	ca. 38.500€
Arbeitslosenquote	5,6%



Sie sind Vertreterin/Vertreter des Landes Österreich. Die österreichische Wirtschaft ist im Vergleich zu anderen Ländern relativ stark. In den nächsten Jahren könnte sich das jedoch ändern: Ihnen wird kein gutes Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Trotzdem stehen Sie im europäischen Vergleich noch sehr gut da. Die Arbeitslosenquote ist in Österreich nicht besonders hoch. Sie stehen besser da als viele andere Länder in der EU.

Österreich ist zusammen mit Schweden und Finnland 1995 in die Europäische Union eingetreten. Sie sind für ein starkes Europa und sind stolze Europäer. Schon immer hatten Sie gute Beziehungen in den Balkan. Somit dienen Sie der EU als Brücke in diese Region. Österreich ist kein großes aber auch kein kleines Land. Sie haben auch gute Beziehungen zu Deutschland. Österreich kooperiert auch viel mit anderen Staaten, die genau so groß sind. Somit versuchen Sie gegen die „starken“ europäischen Partner (Frankreich, Deutschland...) anzukommen.

Österreich steht der europäischen Integration positiv gegenüber. Sie wissen, wie wichtig die EU für Ihr Land ist und wollen eine starke Union. Die Institutionen in Brüssel haben viel Macht. Das finden Sie in Ordnung. Europa muss handeln können. Wichtig ist Ihnen auch, dass die großen Länder nicht zu viel Einfluss bekommen und Sie auch gehört werden. Sie wollen Europa, möchten aber auch mitbestimmen! Das ist Österreich wichtig.

In der Finanzierungsfrage sind Sie für Vorschlag 2 (Die EU finanziert sich aus einer Kombination aus Steuer und Beiträgen der Mitgliedstaaten). Dies hat für Sie den Vorteil, dass Ihr Haushalt etwas entlastet wird. Dann hätten Sie mehr Geld für Investitionen übrig. Über eine Steuer würden die Bürgerinnen und Bürger die EU direkt finanzieren. Das wird vielen nicht gefallen, denn niemand zahlt gern Steuern. Sie sehen hier jedoch den großen Vorteil, dass Ihr Staat mehr Geld für Investitionen zur Verfügung hat. Sie würden es akzeptieren, in diesem Bereich Macht nach Brüssel abzugeben, da dort über die Höhe der Steuer entschieden wird. Sie halten es für richtig, dass sowohl der Staat als auch die Bürgerinnen und Bürger den EU-Haushalt finanzieren. Sie halten das für eine faire Lösung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zwar mehr Steuern zahlen, aber der Staat hat mehr Geld zur Verfügung, um zu investieren.